Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8609**

17. Wahlperiode 08. 02. 2012

Antrag

der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Kein Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Kriegswaffen bei Bundeswehr-Veranstaltungen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Kriegswaffen gehören nicht in Kinderhände. Kinder und Jugendliche gehören nicht in Kriegswaffensysteme wie zum Beispiel Panzer, Jagdflugzeuge oder Fregatten.

Die „Richtlinien für die Durchführung der Informationsarbeit der Bundeswehr“, die das Bundesministerium der Verteidigung am 16. Februar 2011 erlassen hat, widersprechen diesen Grundsätzen. Zwar wird Minderjährigen der Umgang mit den meisten Handfeuerwaffen untersagt, der Umgang mit anderen Kriegswaffen und Waffensystemen wird dagegen ausdrücklich erlaubt. Aufgrund der Richtlinie ist es Jugendlichen ab dem 14. Lebensjahr erlaubt, die Innenräume von Panzern, Kamphubschraubern und weiterem fahrbaren Kriegsgerät zu besichtigen, inklusive der darin vorhandenen Waffensysteme, und auch mit diesen Fahrzeugen zu fahren. Das Bundesministerium der Verteidigung hat dazu am 5. Oktober 2011 festgestellt: „Die ‚Richtlinien für die Informationsarbeit der Bundeswehr‘ setzen entsprechende gesetzliche Bestimmungen um und richten sich nicht nach der potentiellen Wirkung von Waffen oder Großgerät der Bundeswehr“. Der Deutsche Bundestag vertritt die Auffassung, dass eine Unterscheidung zwischen verbotenen Handfeuerwaffen und erlaubten Kriegswaffen und Waffensystemen willkürlich und nicht im Sinne des Schutzes von Kindern und Jugendlichen ist. Es sind gerade die potentiellen Wirkungen von Waffen und Großgerät der Bundeswehr auf Kinder und Jugendliche, die im Mittelpunkt der Erarbeitung einer Richtlinie für die Informationsarbeit der Bundeswehr hätten stehen müssen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

dafür zu sorgen, dass der Bundeswehr untersagt wird, im Rahmen ihrer Informationsarbeit Minderjährigen Zugang zu Großgerät zu gewähren.

Berlin, den 8. Februar 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333